



montags-info



FÜR ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - GEGEN SOZIALABBAU

Stop Wars – Gemeinsam gegen ihre Kriege!

Erklärung des SDAJ-Bundesvorstands zu den Protesten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz am 18. Februar.

Wie jedes Jahr fand auch 2017 die sogenannte Münchner Sicherheitskonferenz im Bayerischen Hof statt. Wie jedes Jahr wurde sie durch lautstarke und vielfältige Proteste der Friedensbewegung begleitet. 4000 Menschen beteiligten sich an den Aktionen gegen die als Privatveranstaltung getarnte aber wesentlich aus Steuermitteln finanzierte Konferenz der wichtigsten Kriegstreiber der Welt.

Schon vor der Konferenz machte deren Vorsitzender Wolfgang Ischinger klar worum es gehen würde: Die USA unter Trump würden nicht mehr als Fackelträger westlicher Werte taugen und die EU müsse diesen Verlust nun ersetzen. Ins gleiche Horn blies der neue deutsche Außenminister Gabriel, der meinte man müsse in Zukunft auf Augenhöhe statt in Gefolgschaft agieren. Hintergrund ist Trumps Ankündigung die bisherige Freihandelspolitik nicht fortzuführen, was vor allem für die deutsche Exportwirtschaft ein sehr ernstes Problem darstellt: Die USA sind der mit Abstand wichtigste Absatzmarkt für das deutsche Kapital. „America first“ könnte deutsche Profite gefährden.

Das deutsche Kapital und seine politischen Vertreter versuchen aus dieser Not eine Tugend zu machen. In dem Maße wie „Amerika nicht Führungsmacht bleiben kann“ (Siegmar Gabriel) will man seinen eigenen Anspruch als Weltmacht ausbauen. Dafür setzt man vor allem auf eine aggressivere Außenpolitik und mehr Aufrüstung im Rahmen der EU. In diesem Zusammenhang sind auch der geplante milliardenschwere europäische Rüstungsfonds, die ständige Forderung an die NATO-Mitgliedsstaaten ihre Rüstungsausgaben zu erhöhen und die zunehmende militärische ‚Kooperation‘ zwischen den EU-Staaten zu sehen – letztere selbstverständlich unter deutschem Befehl.

Die massive Aufrüstung verschlingt dabei immer absurdere Summen: Der deutsche Kriegsetat soll mittelfristig auf 60 Mrd. € verdoppelt werden. Das Rüstungsprogramm von Kriegsministerin von der Leyen umfasst 130 Mrd. €. Für Rüstung ist immer genug Geld da, auch wenn sonst überall gekürzt wird. Wenn die Beschäftigten der

Länder in der gerade abgeschlossenen

Tarifauseinandersetzung mehr Lohn fordern, wenn Schülerinnen und Schüler mehr Geld für Bildung fordern, wenn es um Investitionen in günstigeren und besseren Nahverkehr geht oder um Ausbildung und Übernahme im Öffentlichen Dienst – immer heißt es „die Kassen sind leer.“

„Krieg passiert nicht einfach so, er ist auch nicht unausweichlich, sondern er wird vorbereitet und er wird auch gebraucht – nicht für Menschenrechte und Frieden, sondern für Absatzmärkte und freie Handelswege, letztendlich für den Profit von Kapitalisten“, so der SDAJ-Vorsitzende Jan Meier am Rande der Abschlusskundgebung gegen die „Sicherheitskonferenz“.

aus: news.dkp.de, gekürzt



„Wohlfühlzone für die extreme Rechte“

Redebeitrag des Offenen Antifaschistischen Treffens Karlsruhe (OAT) bei den Protesten gegen die neonazistische Demonstration von „Karlsruhe wehrt sich“ am 14. Januar 2017 in Karlsruhe.

Dass 2017 die extreme Rechte immer noch in Karlsruhe regelmäßig hetzen kann und das Ganze noch in Wohlfühlatmosphäre, ist nicht nur das Verschulden des Großteils der Karlsruher Bürger*innenschaft, sondern auch das der Politik der Stadt Karlsruhe, der Einsatzstrategie der Polizei, und der Berichterstattung der lokalen Medien.

Oberbürgermeister Frank Mentrup lässt sich nur auf Gegenveranstaltungen blicken, wenn er selbst politischen und medialen Nutzen darin findet, ansonsten spricht er den Menschen, die seit zwei Jahren gegen Nazis auf die Straße gehen, die Legitimation ab oder lässt sich in Interviews darüber

aus, ob gewisse Gegendemonstranten emotionale Menschen sind. Dieses Verhalten von OB Mentrup ist nicht nur das eines Kindes, dass die Augen vor etwas unbequemen verschließt, sondern ist auch eine Frechheit gegenüber den engagierten Nazigegner*innen und ist ein Armutszeugnis für die ehemalige Arbeiter*innenpartei SPD. Und auch Repressionsbehörden und Presse scheinen kein Interesse daran zu haben, Karlsruhes Straßen nazifrei zu sehen. Letztere schreiben einfach den Polizeibericht ab, da man es nicht für nötig erachtet, mit eigenen Journalisten vor Ort zu sein und selbstständig Pressearbeit zu betreiben.

All diesen Beispielen für Totalversagen verdanken wir es, dass 2017 nicht nur „Karlsruhe wehrt sich“ weiterhin marschieren kann, sondern auch der „Tag der

deutschen Zukunft“ dieses Jahr in Karlsruhe stattfindet. Dass am dritten Juni um die 1000 Nazis durch Karlsruhe laufen wollen, ist einzig dadurch erklärbar, dass Bürger*innenschaft, Stadt, und Behörden in den vergangenen Jahren eine Wohlfühlzone für die extreme Rechte geschaffen haben.

aus: www.beobachternews.de, gekürzt

Tarifergebnis im öffentlichen Dienst der Länder

Deutliche Realloohnerhöhungen plus strukturelle Verbesserungen.

„Wir haben ein Ergebnis mit deutlichen Reallohnsteigerungen erzielt“, sagte Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) am Freitagabend in Potsdam. Bsirske hob zugleich hervor, dass es gelungen sei, die Bezahlungen im Sozial- und Erziehungsdienst zu verbessern und Akzente zugunsten der Auszubildenden und jüngeren Beschäftigten zu setzen: Bsirske: „Insgesamt ist das ein positives Ergebnis.“

Im Einzelnen sieht die Einigung eine tabellenwirksame Anhebung der Gehälter um 2,0 Prozent rückwirkend zum 1. Januar 2017 beziehungsweise um 75 Euro Mindestbetrag als soziale Komponente vor. Ein weiterer Anhebungsschritt um 2,35 Prozent erfolgt zum 1. Januar 2018. Die Einführung der Stufe 6 für die Entgeltgruppen 9 bis 15 erfolgt in zwei Teilschritten: zum 1. Januar 2018 sowie zum 1. Oktober 2018. „Damit setzen wir Akzente in den oberen Entgeltgruppen, die mit einer sozialen Komponente in den mittleren und unteren Entgeltgruppen ausbalanciert wird“, erläuterte Bsirske.

Zudem wurde eine Prozessvereinbarung über die Aushandlung einer neuen Entgeltordnung verabredet, von der künftig insbesondere die

Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst und dem Pflegebereich profitieren sollen. Bis zu einer Einigung, die in der Tarifrunde 2019 angestrebt wird, erhalten Sozialarbeiter je nach Eingruppierung 50 bis 100 Euro mehr pro Monat, Erzieherinnen und Kita-Leitungen 80 Euro.

Darüber hinaus erhalten die Auszubildenden eine in zwei Schritten von jeweils 35 Euro erhöhte Vergütung sowie künftig 29 Tage Urlaub im Jahr.

aus: www.verdi.de, gekürzt



Bild: Protestkundgebung in Karlsruhe im Vorfeld der letzten Verhandlungsrunde im Öffentlichen Dienst am 14.02., Quelle: mittelbaden.verdi.de



<http://news.dkp.de>

Seit 4/2004 Immer montags

www.dkp-karlsruhe.de

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Herausgeber: DKP Karlsruhe, V.i.S.d.P.: Hans Jürgen Rettig, 76703 Kraichtal.

Alle bisher erschienenen Montags-Infos unter www.dkp-karlsruhe.de

www.dkp.de

Kontakt: dkp.karlsruhe@gmx.de

www.unsere-zeit.de